



EU-Kommission wegen Säumigkeit bei hormonell wirksamen Chemikalien vor Gericht

157 Mrd. Gesundheitskosten durch fehlende Regulierung

Wien, Brüssel, Luxemburg, am 18. November 2015 - Gestern befasste sich der Europäische Gerichtshof in einer ersten Anhörung mit der von Schweden eingebrachten und von Ministerrat und EU-Parlament mitgetragenen Klage gegen die EU-Kommission. Gegenstand dieser Klage ist die Verschleppung gesetzlicher Vorgaben bei der Regulierung gesundheitsgefährdender, hormonell wirksamer Chemikalien, sogenannter endokriner Disruptoren (EDCs)(1). Die Koalition aus 60 Organisationen der Zivilgesellschaft "EDCfree Europe", der auch die österreichische Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 angehört, begrüßt ausdrücklich diese Klage und fordert ein rechtskonformes Verhalten von Kommissionspräsident Juncker und seinem zuständigen Gesundheitskommissar Andriukaitis.

Schweden erhob Klage, nachdem die EU-Kommission die gesetzlich festgeschriebene Frist für die Vorlage wissenschaftlicher Kriterien zur Identifizierung hormonell wirksamer Chemikalien im Dezember 2013 ignoriert hatte. In einer bislang einmaligen Allianz stellten sich daraufhin der EU-Ministerrat, das EU Parlament sowie die drei nationalen Regierungen von Dänemark, Frankreich und den Niederlanden unterstützend an die Seite Schwedens und gegen die Juncker-Behörde. Zuvor hatte die EU-Kommission im Sommer 2013 nach intensivem Lobbying der Chemie- und Pestizidindustrie die Umsetzung der Gesetzesvorgaben zum Schutz von Gesundheit und Umwelt ausgesetzt und stattdessen eine Folgeabschätzung (Impact Assessment) initiiert, um zu klären welche sozioökonomischen Auswirkungen die Umsetzung bereits beschlossener gesetzlicher Regelungen haben könnte. Mit diesem demokratiepolitisch fragwürdigen Vorgehen verzögert die EU-Kommission eine effektive Regulierung von EDCs um zumindest drei weitere Jahre (2).

Lisette van Vliet, politische Expertin bei der Health and Environment Alliance (HEAL) nahm an der Anhörung teil und stellt fest: „Dass die Mitgliedsstaaten und das EU Parlament gemeinsam die Kommission belangen, zeigt eindrucksvoll deren falschen Kurs. Jeder Tag Verzögerung führt zu weiteren Belastungen der europäischen Bevölkerung mit diesen

gefährlichen Stoffen und zu Folgeerkrankungen wie Brust- und Prostata-Krebs, Diabetes, Unfruchtbarkeit, Fettleibigkeit, und Lernschwächen. Wir erwarten, dass der europäische Gerichtshof die EU Kommission auffordert, sich an die gesetzlichen Fristen zu halten, um die Gesundheit der europäischen Bevölkerung zu schützen.“

EDCs begegnen uns in Alltagsprodukten wie Kosmetika, Lebensmittelverpackungen, Schädlingsbekämpfungsmitteln oder Textilien. Indem sie in den hochempfindlichen Hormonhaushalt des Menschen eingreifen, können sie Diabetes, Übergewicht, hormonbedingte Krebsarten und Fruchtbarkeitsstörungen verursachen, was durch eine stetig wachsende Zahl wissenschaftlicher Studien belegt wird (3). Für Ungeborene und Kinder stellen bereits geringste Mengen ein erhebliches Risiko für ihre spätere Entwicklung dar (4). Die jährlichen Kosten in der EU zur Behandlung und Kompensation von Gesundheitsschäden durch EDC werden bei konservativer Rechnung auf ca. 157 Milliarden Euro beziffert (5).

"Hinter diesen 157 Milliarden Euro jährlichen Gesundheitskosten stehen tausende Einzelschicksale von EuropäerInnen, deren Krebserkrankungen, Fortpflanzungsstörungen und andere gesundheitlichen Probleme mit einer effektiven Regulierung dieser gefährlichen Stoffe zu verhindern wären“, sagt Helmut Burtscher, Umweltchemiker von GLOBAL 2000: „Verantwortlich dafür ist Vytenis Povilas Andriukaitis, dem als Gesundheitskommissar der Schutz der EuropäerInnen anvertraut ist, und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der dafür sorgen muss, dass die Kommission ihre Arbeit macht. Es ist höchst an der Zeit, dass die EU-Kommission sich dieser Verantwortung gegenüber den EuropäerInnen bewusst wird und die gesetzlich beschlossenen Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit nicht länger torpediert.“

Weiterführende Informationen und Quellen:

1. Case T-521/14, 4 July 2014 — Sweden v Commission
http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv:OJ.C_.2014.431.01.0028.02.ENG

Hintergrund: Die Europäische Kommission sollte bis Ende Dezember 2013 wissenschaftliche Kriterien zur Identifizierung endokrin wirksamer Substanzen (EDCs) gemäß der Biozidprodukte-Verordnung 528/2012/EG verabschieden. Dies ist nicht geschehen. Das Gesetz, das 2012 verabschiedet wurde, sieht vor, Biozide auf ihre endokrine Wirkung hin zu überprüfen, und falls endokrine Eigenschaften gefunden würden, die zu schädlichen Effekten führen können, dieses Wirkstoffe vom europäischen Markt zu nehmen. Die Regelungen der Pestizid-Verordnung (1107/2009/EG) sind vergleichbar, aber mit strengeren Ausnahmeregelungen versehen. Die vormals zuständige Generaldirektion Umwelt finalisierte nach einem mehrjährigen Expertendialog im Frühjahr 2013 einen Entwurf für die Kriterien. Dieser wurde aber nicht veröffentlicht, da nach massiver Lobbyarbeit seitens der chemischen Industrie und Pestizidunternehmen, der Ablauf gestoppt und stattdessen ein Impact Assessment verschiedener Optionen zur Identifizierung und zur Regulierung von endokrinschädlichen Pestiziden und Bioziden initiiert wurde. Unter dem neuen Kommissionspräsident Juncker, wurde die Zuständigkeit des Verfahrens sowie die für die Biozidgesetzgebung von der Generaldirektion Umwelt zur Generaldirektion Gesundheit übertragen.

2. Corporate Europe, A Toxic Affair, How the chemical lobby blocked action on hormone disrupting chemicals http://corporateeurope.org/sites/default/files/toxic_lobby_edc.pdf
3. Die Endocrine Society veröffentlichte im September 2015 ihr *Second Scientific Statement on Endocrine-Disrupting Chemicals*, in dem sie betont, dass es keinen Zweifel mehr darüber

gibt, dass EDCs, die in Alltagsprodukten und Nahrungsmitteln gefunden werden, zur Entstehung chronischer hormonbedingter Krankheiten wie Fettleibigkeit, Diabetes und Krebs, beitragen. Die Endokrinologische Gesellschaft ist die weltweit älteste, größte und aktivste Organisation, die sich der Hormonforschung und der klinischen Praxis der Endokrinologie widmet. Ihr zweites *Scientific Statement* finden sie hier:

<http://press.endocrine.org/doi/10.1210/er.2015-1010> . Das Statement beinhaltet einen Review von 1300 aktuellen Studien zu EDCs. <http://press.endocrine.org/doi/10.1210/er.2015-1093>

4. Die *Internationale Föderation der Gynäkologie und Geburtshilfe (FIGO)*, die 125 nationale Organisationen vertritt, hat bei ihrem jüngsten Kongress im Oktober 2015 zu mehr Bemühungen aufgerufen, um die Exposition gegenüber giftigen Chemikalien zu reduzieren: *“Dokumentierte Zusammenhänge zwischen pränataler Exposition gegenüber Umweltchemikalien und negativen Gesundheitseffekten überspannen den ganzen Lebensverlauf und haben einen negativen Einfluss auf Fruchtbarkeit, Schwangerschaft und neurologischer Entwicklung und Krebs. Die globalen Gesundheitsfolgen und die damit verbundenen ökonomischen Belastungen, als Folge der Expositionen gegenüber giftigen Umweltchemikalien, ist höher als Millionen von Toten und Milliarden an Dollars in jedem Jahr. »* (...) [http://www.ijgo.org/article/S0020-7292\(15\)00590-1/fulltext](http://www.ijgo.org/article/S0020-7292(15)00590-1/fulltext)
<http://www.figo.org/news/congress-news-global-ob-gyn-group-urges-greater-efforts-prevent-toxic-chemical-exposure-0015052>
5. Trasande L, Zoeller RT, Hass U, Kortenkamp A, Grandjean P, Myers JP, et al. Estimating burden and disease costs of exposure to endocrine-disrupting chemicals in the European Union. *J Clin Endocrinol Metab* 2015; 100(4):1245–55.
<http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/25742516>

Rückfragehinweis:

DI Dr. Helmut Burtcher, Umweltchemiker von GLOBAL 2000, Mobil 0699 14 2000 34, E-Mail: helmut.burtcher@global2000.at

Lisette van Vliet, Senior Policy Adviser, Health and Environment Alliance (HEAL), Mobil +32 484 614 528, E-Mail: lisette@env-health.org

Michael Lachsteiner, Pressesprecher GLOBAL 2000, +43 1 8125730 68
michael.lachsteiner@global2000.at

Die EDC-Free Europe Coalition repräsentiert mehr als 50 Gruppen der Zivilgesellschaft in Europa und darüber hinaus. Ziel ist es, Aufmerksamkeit zum Thema EDCs zu erzeugen und zu mehr und schnellerem politischen Handeln zu drängen. Unsere Partner sind Gewerkschaften, Verbraucher, Vertreter der öffentlichen Gesundheit und Vertreter der Gesundheitsberufe, Befürworter der Krebsprävention, Umweltaktivisten und Frauengruppen. Mehr Information finden Sie hier: www.edc-free-europe.org/

Folgen Sie uns auf Twitter @EDCFree und senden Sie likes [Facebook](#)